

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



AfD-Organklage gegen EU-Verschuldungs-Ermächtigung

Auf 200 Seiten Klageschrift begründen wir gegenüber dem Verfassungsgericht, warum ich schon am 25. März in der Plenar-Debatte um das zugehörige Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz (ERatG) Bundespräsident Steinmeier auffordern musste, dieses für Deutschland fatale Gesetz nicht zu unterzeichnen (<https://www.pboehring.de/praesident-steinmeier-unterzeichnen-sie-das-nicht/>).

Südstaaten verteilt und zu über 50 % sogar verschenkt werden! Es geht beim Programm „Next Generation EU“ um nichts weniger als um die Schaffung der Transfer- und Fiskalunion. Seit Jahrzehnten wurde von deutschen Regierungsverantwortlichen beteuert, dass diese Transferunion niemals kommen würde. Nun kommt sie doch. Einzig die AfD stemmt sich im Bundestag dagegen.

Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auf Antrag weiterer Kläger einen Hängebeschluss erlassen, welcher bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung dem Bundespräsidenten die Ausfertigung (Unterschrift) verwehrt.

Die Klage erfolgt in Prozessstandschaft für den Deutschen Bundestag gemäß § 64 BVerfGG. Antragsgegner sind Bundesregierung und Bundestag, die ihre Integrationsverantwortung mit Zustimmung zum Eigenmittelbeschluss (EU 2020/2053) nach Ansicht der AfD-Fraktion offensichtlich verletzt haben.

Neben der nach unserem Erachten verfassungswidrigen und qualitativ wegen Art 125 AEUV und Art 311 AEUV bislang undenkbbaren EU-Verschuldung über Gemeinschaftsanleihen besteht die „Gefahr im Verzug“ insbesondere darin, dass 800 Milliarden Euro innerhalb von nur drei Jahren fast unabhängig von Corona-Folgen (und damit unter Bruch des sog. „Konnexitätsprinzips“) vor allem an Euro-

Ich danke den Fraktionskollegen Albrecht Glaser sowie dem Justizariat der AfD-Fraktion unter Stephan Brandner für die sehr intensive Unterstützung der von unserem Prozessvertreter Prof. Karl Albrecht Schachtschneider verfassten Klageschrift.

Abgabe der Organklage der AfD-Bundestagsfraktion gegen die EU-Verschuldungs-Ermächtigung



Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Vorsitzender im Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de

f [/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom/)

📍 <https://t.me/pboehring>



Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Auswärtigen Ausschuss
- Mitglied im EU-Ausschuss
- Obmann im Unterausschuss Auswärtige Kultur- u. Bildungspolitik
- Mitglied im Kuratorium der Bundesstiftung KENFO

✉ petr.bystron@bundestag.de

f /bystronpetr

www.petrbystron.de

CDU im Gefängnis, AfD in Moskau!

Kurz vor Ostern erlebten wir das totale Debakel der Merkel-Politik: Nach einem Jahr völlig planloser Lockdowns, Ausgangssperren und Impfstoffdesastern musste Merkel den von ihr in einer nächtlichen Sitzung ersonnenen Lockdown an Ostern Hals über Kopf wieder zurückziehen. Der Druck war so groß, dass sogar eine Entschuldigung im Bundestag folgte.

„Die Hälfte der CDU-Abgeordneten ist auf dem Weg ins Gefängnis. Sie haben das Vertrauen der Menschen verloren. Es ist Zeit für die Vertrauensfrage!“

Für diese zugespitzte Anspielung auf die Maskenaffäre der CDU/CSU habe ich eine Rüge von Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) erhalten. Die Strafe zahle ich gerne, wenn dafür öffentlich gemacht wird, wie sich Abgeordnete der Regierung am Leid der Bürger bereichern: meine Rede vom Tag der Merkel-Bankrotterklärung sahen alleine auf YouTube mehr als eine Viertel Million Menschen. Und das Echo der meisten Zuschauer gibt mir Recht: Statt einer geheuchelten Entschuldigung wäre nur Merkels Rücktritt die einzig ak-

zeptable Reaktion das Oster-Lockdown-Debakel. Sehen Sie selbst:

<https://www.youtube.com/watch?v=SmJytYj14IY>

Was für ein Unterschied zu der nur wenige Tage zuvor durchgeführten Delegationsreise nach Moskau. Dort wurden wir auf höchster Ebene empfangen – wie ein respektierter Gesprächspartner. In Zeiten der steigenden Konfrontation gegen Russland eröffneten wir einen alternativen Kommunikationskanal und setzten uns für die Verbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses ein.

Gleich am ersten Tag unseres Besuchs in Moskau wurden Alice Weidel, Robby Schlund und ich vom bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten Wladimir Putin, Michail Schwydkoj, persönlich empfangen. Zuvor haben wir bereits Gespräche im Parlament mit dem Chef des Auswärtigen Ausschusses sowie seinen Stellvertretern geführt. Im Außenministerium wurden wir vom Chef der Deutschland-Abteilung des Außenministeriums empfangen.

Schneesturm, Kälte, Wählerstimme!

Anfang April war ich gemeinsam mit Rainer Kraft auf der Bayerntour mit dem Infomobil der AfD Bundestagsfraktion in Schwaben unterwegs. Trotz des schlechten Wetters und dem zum Teil heftigen Schneefall waren wir an verschiedenen Orten der Region, um die Bürger über unsere Arbeit in Berlin zu informieren.

Gestartet sind wir in der Augsburger Innenstadt. Im Laufe der Woche ging unsere Reise weiter ins Oberallgäu. Am Oberjoch auf 1200 m Höhe führten wir dann wahrscheinlich den höchsten Bürgerdialog des Jahres durch. Vor dem wunderschönen Panoramablick diskutierten wir mit den Bürgern und führten sehr anregende Gespräche.

Schließlich wurden wir von einem allgäuer Mittelständler auf einen Kaffee eingeladen, durften uns die Werkstatt und seine Sammlung an Automobilen anschauen. Rainer und ich hatten hier jede Menge Spaß, wie man sehen kann! Außerdem führten wir mit Ihm ein sehr emotionales Gespräch. Neben dem Gastronomiegewerbe leiden auch viele andere Mittelständler aus sämtlichen Berufszweigen unter den aktuellen Coronapolitik der Bundesregierung.

Im direkten Kontakt mit den Bürgern auf unserer Tour konnten wir immer wieder den Unmut spüren. Themen waren hier unter anderem Elektromobile, denen unsere Bürger nach wie vor skeptisch gegenüber stehen. Der Druck in den Familien wächst, weil Schulkinder im Lockdown festhängen und zwischen Distanz- und Präsenzunterricht hin und her pendeln.

Diese Situation setzt mittlerweile allen Menschen zu. Eltern können nicht mehr normal Ihrer Arbeit nachgehen, da ihre Kinder zu Hause betreut werden müssen. Den Kindern fehlen soziale Kontakte, die Möglichkeit sich mit Freunden zu treffen und eigene Erfahrungen zu sammeln. Kleine und mittlere Unternehmen können den ausbleibenden Umsatz nicht mehr abfedern, die Innenstädte veröden und so weiter...

Die Frustration ist bei den Bürgern auf allen Ebenen groß, das Verständnis für die undurchdachte Regierungspolitik schwindet und der Zuspruch zu unseren Leitthemen wächst. Die Leute sind „coronamüde“ geworden.

Kämpfen wir gemeinsam, daß wir aus dem Unmut Wählerstimmen für unsere Partei machen und dann einen signifikanten Politikwechsel durchsetzen können!

Grüße aus dem schönen Allgäu,
Euer Peter.



Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 www.peterfelser.de

Lockdown - was sagen die Bürger?

Die verfassungswidrigen Einschränkungen der Grundrechte halten uns nach wie vor in Atem. Es ist daher mehr als verständlich, dass sich seit dem 09.03.2020 insgesamt 6.500 Menschen per Email an mein Büro gewandt haben. Diese Anfragen speisen wir nicht einfach mit einer Standardantwort ab, sondern gehen möglichst individuell darauf ein. Hier eine kleine Auswahl.

Anfrage 1: „...die Unternehmen nagen zu Weihnachten am Hungertuch. Wo bleiben die schnellen unkomplizierten Förderungen, die uns seit 1. November versprochen werden? Ich kann keine Rechnungen mehr bezahlen, Mahngebühren fallen an, meine Gläubiger sitzen mir im Nacken, ich kann nachts nicht mehr schlafen. In meinem letzten Brief an 750 Abgeordnete haben lediglich ganze 8! geantwortet! 6 davon von der AfD, diese sogar ausführlich, 1 Linke, 1 FDP. Die amtierende Regierung lässt uns im Stich. Nicht einer bemüht sich um die arbeitende Bevölkerung.“

Antwort 1: „Uns ist bewusst, dass Worte Ihnen im Moment aufgrund der durch den Lockdown verursachten Not nicht helfen. Ich unterstütze daher seit Monaten mit einem Teil meiner Diäten in Bedrängnis geratene lokale Unternehmen und Privatleute. Woche für Woche helfen wir besonders betroffene Menschen wenigstens ein kleines bisschen. Viele schil-

dern uns ähnliche Probleme, bei manchen Schicksalen stehen uns die Tränen in den Augen.“

Anfrage 2: „...Meine Mutter (84) ist im Seniorenzentrum in Pflege. Es darf eine Person am Tag, zu einer festgelegten Uhrzeit, für 30 Minuten am Tag zu Besuch kommen. Meine Mutter wird dann in ein steriles Zimmer gebracht und darf dann wie im Gefängnis hinter einer Glasscheibe ihren 85 jährigen Ehemann oder uns Söhne sehen. Wie unmenschlich ist das denn? Sie wollen alte Menschen schützen und quälen Sie unendlich durch Entzug von Kontakten zu Ihren liebsten. Sie treiben die Menschen vorsätzlich in den Tod, nicht durch Corona, nein durch Entzug von Kontakt, Liebe, Berührungen, Freiheit.“

Antwort 2: „Längst ist der Schaden durch die Maßnahmen größer, als durch das Virus selbst. Es zerreißt einem das Herz, dass ihre Mutter sich schon wegen der Masken nur unbekannten Personen gegenüber sieht. Mehrfach haben wir bereits beantragt, die epidemische Lage von nationaler Tragweite, die die rechtliche Grundlage für die teilweise unmenschlichen Maßnahmen darstellt, zu beenden. Wir werden es weiter versuchen, auch Ihrer Mutter und der ganzen Familie zuliebe.“



Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



johannes.huber@bundestag.de



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)



Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

 @Dr_Rainer_Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

Rassismus bei Fridays for Future

Jede Woche mittwochs veranstaltet der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung, in der Regel vor seiner kurzen Beiratssitzung ein öffentliches Fachgespräch rund um verschiedene Themen der Nachhaltigkeit. Dort wird man gewöhnlich damit konfrontiert welche Vorstellungen von der Gesellschaft die Ökosozialisten haben, wenn die jetzigen Forderungen umgesetzt wurden. Das ist manchmal amüsant aber meistens recht erschreckend, mit welchen naiven Vorstellungen des Funktionierens unserer Gesellschaft man da konfrontiert wird.

In der letzten Märzwoche war das Thema ‚Nachhaltigkeit aus der Jugendperspektive‘ und so waren Vertreter von Jugendorganisationen geladen um mit den Abgeordneten über Nachhaltigkeit zu diskutieren. Neben den üblichen Verdächtigen der Kirchenjuden, der Gewerkschaftsjugend, der grünen Naturschutzjugend und einem überraschend guten Vertreter der jungen Unternehmerschaft war auch eine Vertreterin von ‚Fridays for Future‘ geladen, Frau Samira Ghandour.

In ihrer Eingangserklärung ließ sie sich darüber aus, dass sie Klimagerechtigkeit fordert und dass Klimaschutz immer auch anti-rassistisch und anti-faschistisch sei.

Und weil sie gerade in Fahrt war sagte sie der Runde folgendes:

„[...]..ziemlich viele, privilegierte Menschen sind, die hier gerade in dieser Konferenz sind, ich sehe wenig Repräsentanten von ‚People of Colour‘ und das muß trotzdem berücksichtigt werden.“

Das muss man sich vorstellen. Ein geladener Gast einer Diskussionsrunde wertet die Veranstaltung qualitativ ab, weil ihr die Hautfarbe der Teilnehmer nicht gefällt. Das ist Rassismus.

Natürlich ist dieses Vorgehen aus den USA schon bekannt. Aus der Hautfarbe soll ein Privileg („white supremacy“) konstruiert werden dass durch Kompensationen (=Schutzgeldzahlungen) gnädiger Weise abgegolten werden soll. Der Blick in die USA zeigt auch die negativen gesellschaftlichen Entwicklungen auf wenn man sich dieser erpresserischen Methoden nicht entgegen stellt. Dazu darf es in Deutschland nicht kommen!

Mittwoch einer x-beliebigen Sitzungswoche im Wirtschaftsausschuss des Bundestages in Lockdown-Deutschland:

Hans-Jörg Müller, MdB Außenwirtschaftlicher Sprecher

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f [/MdB.Mueller](https://www.facebook.com/MdB.Mueller)

Die Corona-Märchenstunde der Regierungsvertreter beginnt erneut mit dem Verweis, dass nur die Pandemie an den wirtschaftlichen Schäden Schuld sei, nicht die politischen Handlungen. Der Wirtschaft erhole sich vorzüglich, vornehmlich durch die genialen Hilfsprogramme des Ministeriums. Das Eigenlob für fiskale Planwirtschaft und eigenverschuldeter Dauersubventionspolitik erinnert an die DDR-Volkskammer. Fragen zur volkswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit oder der Finanzierung des wirtschaftlichen Dauerlockdown-Fiaskos (Steuern, Inflation) bleiben ebenso unbeantwortet wie die Nachhaltigkeit dieser Notmaßnahmen (Insolvenzaufhebung, Staatsfinanzierung) für den Fortbestand einer Marktwirtschaft. Denn: Die Anzahl der sogenannten „Zombiunternehmen“ wächst unaufhörlich, Banken geraten faktisch in Schieflage, auch wenn dies durch die Änderungen der Bilanzierungspflicht zeitweilig noch kaschiert wird. Im Wesentlichen wirkt das Ministerium planlos, weswegen unsere Fragen im Allgemeinen auch unbeantwortet bleiben. Die deutsche Wirtschaft wird sukzessive in ein ineffizientes, staatlich abhängiges Marionettensystem transformiert, öffentliche Kassen werden gep-

lündert, KMU gehen entweder pleite – müssen dies aber noch nicht melden – oder ertrinken im Bürokratie-Wahnsinn der Hilfsmittelanträge. Als ob dieser wirtschaftliche Corona-Amoklauf der Regierung nicht genug sei, arbeitet die EU unentwegt am planwirtschaftlichen Sahnehäubchen namens „Green Deal“. Damit soll wohl der Rest der Marktwirtschaft vernichtet werden. Laut Brüssel wird so das böse CO2 aus Europa verbannt werden, während der Rest der Welt immer mehr davon ausstößt. Diese absurde Chimäre möchte die EU erreichen, indem sie indirekt die Preise für Vor- und Endprodukte manipuliert, welche mit CO2-Ausstoß hergestellt werden. Dass dies zu zahllosen ökonomischen Verzerrungen und Mangelwirtschaft führt, ist der EU nur in Teilen klar. Ihre Lösung für diese Teile: Noch mehr Umverteilung, Bürokratie und Verzerrung – also Feuer mit Benzin bekämpfen. Wir erahnen wie das enden wird. Dieses Land braucht einen radikalen Politikwechsel: Es ist zwei Stunden nach 12.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

Stellvertretendes Mitglied:

- Haushaltsausschuss



[/GeroldOttenAfD](https://www.facebook.com/GeroldOttenAfD)



[@gerold_otten](https://twitter.com/gerold_otten)



[/gerold.otten](https://www.instagram.com/gerold.otten)



t.me/MdB_Otten

Web: www.mdb-otten.de

Eliteeinheit der Bundeswehr unter Dauerbeschuss

Die AfD ist die Partei im Bundestag, welche die Probleme der Bundeswehr aufgreift. Die Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) hingegen, die von ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen zahlreiche Beschaffungsskandale und gravierende Ausrüstungsmängel geerbt hat, spürt im Jahr der Bundestagswahl eher Profilierungsdruck. Getrieben von links-grün und auch um von eigenen Fehlern abzulenken, hat sie sich dem „Kampf gegen rechte Netzwerke“ in der Bundeswehr verschrieben.

Da wird vor allem der Elitverband der Bundeswehr, das Kommando Spezialkräfte (KSK), seit Monaten unter Generalverdacht gestellt. Im Verlauf von Befragungen durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) haben MAD-Agenten sogar Soldaten aufgefordert, Kameraden zu denunzieren und künftig als Spitzel für den Militärgeheimdienst zu arbeiten. Auch versuchten sie in perfider Weise sich über die militärische Seelsorge oder Truppenärzte Informationen über Soldaten zu beschaffen. So etwas kannte man bisher in Deutschland nur von der STASI, doch ist es anscheinend genau das, was AKK von Ihrer neuen MAD-Chefin erwartet, nachdem sie deren Vorgänger gefeuert hatte!

Dieses Klima hat wohl auch dazu geführt, dass der Kommandeur des KSK, Brigade-

general Markus Kreitmayr, sich zu sehr auf das Aufspüren von scheinbaren rechten Netzwerken in den Reihen des KSK konzentriert hat. Dabei hat er grob seine Dienstpflichten bei der Ermittlung von fehlenden Munitionsbeständen und beim Nachgehen und Melden möglicher Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz sowie des Waffen- und Sprengstoffgesetzes verletzt. Stattdessen startete er eine anonyme, straflose Sammelaktion für die fehlende Munition, bei der diese in extra aufgestellte Kisten abgelegt werden sollte.

Ich war über viele Jahre selbst Kommandeur in der Bundeswehr. Mir wäre es nicht im Traum eingefallen, als Vorgesetzter bei einem Verdacht auf so schwerwiegende Dienstvergehen oder Straftaten keine Ermittlungen aufzunehmen und die entsprechende Meldung zu unterlassen.

AKK hat nun gegen den KSK-Kommandeur disziplinäre Ermittlungen eingeleitet, nachdem sie angeblich erst spät über die Vorgänge informiert wurde. Für mich steht allerdings fest, dass die Aufarbeitung der beispiellosen Vorgänge nicht mit einem Bauernopfer erledigt sein darf. Ich fordere AKK auf, für das eklatante Versagen in ihrem Ministerium die politische Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten.

Rassistischer Rassismus-Begriff bei der Bundesregierung

Die vollkommen aus den Fugen geratene Rassismus-„Debatte“ in den USA rund um „Black Lives Matter“ kippt zunehmend auch nach Deutschland herüber. Natürlich gab es auch bei uns schon länger ungleiche Blickwinkel auf vermeintlichen oder echten Rassismus. Aber die Behauptung, dass Weiße oder die (Noch-)Mehrheitsgesellschaft per se keinem Rassismus ausgeliefert sein können, ist eine besonders wirre Vorstellung. Nur Weiße können z.B. als „white trash“ (weißer Müll, will heißen Unterschicht) bezeichnet werden oder dürfen offiziell aufgefordert werden, sich in Schulklassen erst nach ihren nicht-weißen Mitschülern zu Wort zu melden.

In den USA und Deutschland ist der Anteil an ethnisch Schwarzen freilich sehr unterschiedlich. Ca. 12 % zu noch unter 1 %. Das direkte Aufhetzen gegeneinander funktioniert also bisher nicht so, wie es sich einige Sozialingenieure auch hierzulande wünschen. Aber es wird fleißig daran gearbeitet. Unter anderem seitens des Bundesfamilienministeriums. Dort wurde mit dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ein Forschungsinstitut mit Dutzenden wissenschaftlichen Stellen gegründet und nun gefördert. Quasi der Hauptfokus der recht dünnen wissenschaftlichen Publi-

kationen natürlich: Rassismus in all seinen Formen. Außer gegen Deutsche, bzw. Weiße. Davon kein Wort. Nichts. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Den sog. „Rassismusmonitor“ innerhalb des DeZIM leitet mit Dr. Sinanoglu ferner jemand, der öffentlich behauptet, dass Rassismus gegen Deutsche nicht existiere, und dieser nur ins Feld geführt wird, um Gewalt (gegen andere) zu legitimieren. Auf diesem Niveau soll dann offensichtlich geforscht werden.

Ich habe daher einen Antrag eingegeben, der 1. das Problem des Rassismus gegen Deutsche öffentlich durch den BT anerkennt, 2. die Bundesregierung auffordert, das DeZIM anzuweisen, zielgerichtet auch in diesem Bereich zu forschen und Ergebnisse vorzulegen und 3. verlangt, dass der Straftatbestand der Volksverhetzung, § 130 StGB, zu überarbeiten ist. Denn dort wird aufgrund einer ungenauen Formulierung von der Rechtsprechung die „Mehrheit“ der Gesellschaft nicht als verletzbar angesehen. Die Realität hat solche feinsinnigen Überlegungen überholt. Alles andere wäre naiv!

Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Stellv. Vorsitzender
 - Unterausschuss Europarecht
- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka

Landwirte im Mittelpunkt der AfD-Fraktion



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Natur- und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

 /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

Im März durfte ich endlich unsere lang geplante Kampagne zur Stärkung unserer heimischen Landwirtschaft anstoßen. Die Bundestagsfraktion setzte eine Woche lang ihren thematischen Schwerpunkt auf die Bauern. Anträge, kleine Anfragen und die Öffentlichkeitsarbeit haben sich auf die Anliegen der Landwirtschaft ausgerichtet. So wie der Zufall es wollte, fand just in dem Moment eine Bauerndemonstration direkt vor den Toren des Bundestages statt. Hunderte Landwirte aus dem ganzen Land kamen ans Brandenburger Tor. Zum ersten Mal durfte ich von der Bühne aus zu den Landwirten sprechen. Die Organisatoren haben es betont, dass ihnen die Überparteilichkeit wichtig ist. Die Kampagne hat es sich zum Ziel gesetzt, Landwirtschaft ins richtige Licht zu drücken. Die Bevölkerung, insbesondere in den Städten, hat den Bezug zur Landwirtschaft verloren. (<https://afdbundestag.de/deutsche-landwirtschaft-staerken>)

Daher ist für uns wichtig, dass die Bürger verstehen, mit welchen Problemen die Landwirte heute zu kämpfen haben. Wir haben dazu eine kleine Doku erstellt, die Sie auf Youtube anschauen können. (<https://www.youtube.com/watch?v=fLhUbskw4R0>)

Ein weiteres „Highlight“ der vergangenen

Plenarwochen war die Mausehelei der Unionsfraktion. Durch ihre Bereicherung hat wieder einmal das Vertrauen in die Politik massiven Schaden genommen. Daher war die Unionsfraktion stark daran interessiert, dieses Thema zu verhindern, was ihr nicht gelungen ist. Ich habe daraufhin ihre Vergehen in meiner Rede angesprochen. Die Rede ging auf Youtube viral. (https://www.youtube.com/watch?v=cbYpalS0_XU) Dafür möchte ich mich insbesondere bei Ihnen bedanken. Bleiben Sie uns treu, wir werden uns weiterhin für Sie in dem verbliebenen Jahr einsetzen.

Ihr Stephan Protschka!

Zahlen belegen: Es gibt keine Lockdown-Grundlage!

Über ein Jahr haben wir nun die grundrechtsvernichtende Lockdown-Politik. Kanzlerin Merkel zeigt immer mehr ihr wahres despotisches Gesicht:

Mit Hilfe eines geänderten Infektionsschutzgesetzes will sie die Bundesländer entmachten. Merkel schwächt nicht nur die parlamentarische Demokratie sondern auch den Föderalismus. Erschreckend: Sogar die CSU unterstützt Merksels zentralistische Politik; sie sägt den bayerischen Ast ab, auf dem sie seit Jahrzehnten sitzt.

Es zeigt sich, dass es Merkel und Söder in keiner Weise um die Bekämpfung einer Pandemie oder den Schutz der Bürger geht, denn inzwischen wissen wir, die Auslastung der Intensivbetten in Krankenhäusern ist seit Juli letzten Jahres konstant und wir haben aktuell eine Untersterblichkeit, ebenso wie auch schon im vergangenen Jahr in beiden Altersgruppen (unter 80 und 80+). Eine echte Pandemie sähe definitiv anders aus. Es gibt also überhaupt keine Grundlage für Grundrechtseinschränkungen.

Die Zahlen, mit denen die Regierung arbeitet, sind vollkommen unseriös. Wenn ein vollkommen Gesunder einen positiven PCR Test hat, den er nicht glaubt und sich deswegen 5x testen lässt und alle Tests positiv sind, dann zählt er als fünf

Fälle für den Inzidenzwert. Wenn er dann auf dem Rückweg nach Hause einen Verkehrsunfall hat und deswegen auf die Intensivstation muss oder daran verstirbt, dann ist er ein Corona-Patient auf der Intensivstation oder ein Corona-Toter, obwohl er überhaupt nicht an Corona erkrankt ist.

Die offiziellen Werte von Corona-Patienten, Corona-Toten und auch der Inzidenzwert sind damit vollkommen unbrauchbar als Maßstab. Es ist schlicht politisch nicht gewollt konkrete Daten zu Corona zu erfassen, obwohl dies ohne weiteres möglich wäre.

Die Regierung kann also keinen Grund für den Lockdown liefern, folglich darf sie auch nicht die Grundrechte weiter einschränken und muss den Lockdown sofort aufheben.

Das Bestehen auf dem Lockdown beweist, dass es der Regierung nicht um die Gesundheit der Bevölkerung geht, sondern sie nur einen Vorwand für einen radikalen Umbau unseres Staates sucht: Mehr Macht für die Regierenden und Entmündigung des Volkes.

Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord
Mitgliedschaften und Ämter im
Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

 /sichertmartin

 /UCsvkQ3N29K0hqsO1OPD1ioA

 /martinsichert

 /Martin_Sichert

 t.me/martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

Maut, Mails, Autobahn GmbH

CSU-Scheuer ist Riesenlast im Kabinett Merkel

Ganz nah dran erlebe ich sehr direkt, warum Andreas Scheuer (CSU) regelmäßig am unteren Ende der Skala steht, wenn nach der Zufriedenheit der Bürger mit der Regierungsarbeit gefragt wird.

Scheuer ist ein Meister der Ankündigung, aber ein gnadenloser Pleitier beim Umsetzen. Wäre er Minister für drei Monate, würde das kaum auffallen, aber drei Jahre Amtszeit legen es schonungslos offen. Den finanziellen Schaden in vielfacher Millionenhöhe haben die Steuerzahler zu büßen. Der Rücktritt des Ministers wäre schon lange überfällig, doch klebt er regelrecht an seinem Stuhl. Die SPD wird ihn vor der Wahl freilich nicht mehr kippen, steht doch mit Finanzminister Olaf Scholz im Wirecard-Skandal auch einer der ihren im Feuer.

Mit der Pkw-Maut bekam Scheuer zwar ein faules Ei aus dem Koalitionsvertrag von 2013 schon ins Nest gelegt, aber was er daraus machte, spricht Bände: Auf Biegen und Brechen rettete sein Ministerium die Vergabe dieses Hochrisikoprojekts an ein Firmenkonsortium über die Ziellinie. Als der EuGH das Vorhaben jäh beendete, brach das Projekt in sich zusammen. Mehrere hundert Millionen Euro Schadenersatz werden gefordert. Scheuers großspurige Ankündigung größtmöglicher Transparenz entpuppte sich binnen Tagen als Luftnummer, es folgte der Untersuchungsausschuss. Auch diesem bot er

Transparenz zu dienstlichen E-Mails über private Postfächer an – nur um das jetzt zurückzuziehen.

Scheuers nächste Pleite trägt den Namen „Autobahn GmbH“. Der Bundesrechnungshof (BRH) kritisiert jetzt diese Reform der Autobahnverwaltung harsch. Ursprünglich sollten Kosten eingespart werden, was sich längst ins Gegenteil wandelte. Anfang 2021 ging die Zuständigkeit für den Bau und Betrieb von Bundesautobahnen und Bundesstraßen von den Ländern auf den Bund über. Die dafür gegründete Autobahn GmbH erweist sich als teurer Flop.

Scheuers neue Firma hat nicht nur einen dubiosen Tarifvertrag ausgehandelt, der um 10 Prozent höher liegt als sonst beim Bund üblich. Die Prüfer des BRH bemängeln zudem den ungezügelter Einsatz externer Berater durch Scheuers Ministerium, das zudem keinen Überblick über die Verträge gehabt habe. Ein aufwändiges Mietobjekt für den Hauptsitz der Autobahn GmbH und teure Festivitäten runden das Bild dieses Pleite-Vorhabens ab.

Vielleicht hat Scheuers Schaumschlägerei für das Amt als CSU-Generalsekretär ausgereicht. Als Minister ist er eine Zumutung für die Steuerzahler!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f [/W.wiehle](https://www.facebook.com/W.wiehle)

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

**Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de**



**Politik für
Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**